

**Erscheinet**  
an allen Werktagen.  
**Bezugspreis**  
für Monat Dezember 25.—  
in den Ausgabestellen 280.—  
durch Zeitungshändler 300.—  
am Postamt 275.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Vertriebene: 4245, 2273.  
8110, 8249.

Botscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ansässigung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

**Zugangsberechtigte**  
für Grundschriftzeile bis  
Anzeigenbeiträgen innerhalb  
Polens . . . . . 40.— M  
Beileseteil 120.— M  
Für Aufträge aus  
Deutschland . . . . . 250.— M  
im Reklameteil 10.— M  
in deutscher Mark.

Telegrammaddressen:  
Tageblatt Poznań.

Czeczkow Konto für Polen: P. L. O. Nr. 200 288 in Poznań

## Versöhnung?

Der „Dziennik Poznański“ bringt in seiner Nr. 262 unter der Überschrift „Die Deutschen und die Piönologie“ einen Leitartikel, der von dem aufrichtigen Wunsche getragen ist, zu einer Verständigung mit den Deutschen im Lande zu gelangen. Kommt es wirklich auf der durch den Dziennik-Artikel geschaffenen Grundlage zu einer verständigen, rein sachlichen Auseinandersetzung, so werden die ancheinend vorhandenen Mißverständnisse ganz von selbst verschwinden, und wir werden uns auf mittlerer Linie unschwer zusammenfinden. Zu unserer Freude steht der „Dziennik“ auch auf deutscher Seite den Verständigungswillen voraus und läßt an uns Deutsche die Auflösung ergehen, die offensichtlich unrichtige Beurteilung unseres Vorgehens durch die polnische Presse dadurch zu korrigieren, daß wir insbesondere die Eingabe des Deutschumsbundes an den Völkerbund, die uns ja bekanntlich als ein illohalter Akt ausgelegt worden ist, formal rechtfertigen. Wir kommen diesem Vorschlag gern entgegen.

Was in aller Welt sollte das Minderheitenschutz für eine Bedeutung haben, wenn die Minderheit nicht das Recht haben sollte, sich auf den Vertrag zu berufen und den Völkerbund um Schutz anzugehen? Der „Dziennik“ stellt es so dar, daß sich der Völkerbund mit den Klagen der Minderheiten nur dann beschäftigen dürfe, wenn sie von einem Staat vorgebracht werden, der dem Völkerbund angehört, während die nationalen Minderheiten selbst kein Recht dazu hätten, die Initiative zu ergreifen. Darauf ist mit der Frage zu erwidern: Wie sollen denn die dem Völkerbund angehörenden Staaten zu Sachwaltern der bedrängten Minderheiten werden, wenn die Klagen der Minderheiten nicht von ihnen selbst und von ihren dazu berufenen Organisationen zur Kenntnis jener Staaten gebracht werden? Sollen etwa die Gliedstaaten des Völkerbundes aus sich heraus, gleichsam ex officio, Recherchen anstellen, um auf diese Weise zu erfahren, ob und inwieweit sich die Minderheiten in ihren Rechten beeinträchtigt fühlen? Das könnte doch wohl schwerlich erwartet werden; denn wie überall in der Welt, gilt auch hier der Satz: „Wo kein Kläger, da ist auch kein Richter.“ Nun hat aber, um jeden Zweifel an der Berechtigung der Minderheiten zu behoben, sich mit einem Appell unmittelbar an den Völkerbundrat oder an einen der ihm angehörenden Staaten zu wenden, der Völkerbundrat auf den Antrag des italienischen Repräsentanten Tittoni in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1920 ausdrücklich festgestellt, daß die Minderheiten selbst oder auch Staaten, die im Völkerbundrat nicht vertreten sind, das Recht haben, bei dem Völkerbund jede Beteiligung oder auch nur die Gefahr einer solchen zu melden. („Evidemment ce droit n'exclut point la faculté des Minorités elles-mêmes ou bien des États non représentés au Conseil de signaler à la Société des Nations toute infraction ou danger d'infraction.“) In dem Beschuß ist dann weiter gesagt, wie eine solche Eingabe von Minderheiten geschäftsmäßig weiter behandelt werden soll: die an den Völkerbund gelangende Eingabe einer Minderheitsvertretung hat der Generalsekretär des Völkerbundes den einzelnen Mitgliedern des Völkerbundrates zu übermitteln. Diese Übermittlung hat noch nicht den Charakter eines Rechtsatzes von Seiten des Völkerbundes oder seiner Organe. Die eigentliche Kompetenz des Völkerbundes, sich mit der aufgerollten Frage zu beschäftigen, beginnt erst dann, wenn eines seiner Mitglieder die Anteilnahme des Rates auf die Beleidigung oder die Gefahr einer solchen hinzuleitet, die den Gegenstand der Petition oder der bloßen Information bildet. Es heißt dann schließlich weiter, daß der interessierte Staat, soweit er Mitglied des Völkerbundes ist, zur selben Zeit wie der Völkerbundrat von dem Gegenstand der Eingabe in Kenntnis zu sezen ist. Aus diesem Beschuß des Völkerbundrats ergibt sich zweifelsfrei, daß der Deutschumsbund durchaus korrekt vorgegangen ist, und so bringt denn auch das Bestätigungsbeschreiben, das er vom Sekretariat des Völkerbundes über den Eingang seiner Eingabe erhalten hat, zum Ausdruck, daß es sich um einen durchaus legalen Schritt von Seiten des Deutschumsbundes handelt, und daß daher die Eingabe in Verfolgung des zitierten Beschlusses vom 22. Oktober 1920 weiter verfolgt wird.

Doch bei der verschiedenen Auslegung, die die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages aus polnischer und aus deutscher Seite finden, eine Klärung unbedingt erforderlich ist, und daß diese Klärung eben nur durch die Siedler erfolgen kann, die zu einer autentischen Interpretation der genannten Verträge berufen ist, liegt auf der Hand. Uns Deutschen ging es ja gerade darum, endlich zu wissen, ob wir hier in unserer Heimat bleiben können, oder ob wir uns irgendwo anders in der Welt nach einer neuen Heimat umsehen müssen. Selbstverständlich ist für unseren Entschluß, hier zu bleiben, unbedingte Voraussetzung, daß wir hier im Bollaenus der staatsbürglerlichen Freiheit stehen, wie sie uns nach unserer Auffassung im Minderheitenschutzvertrag gewährleistet worden ist. Ist unsere Auffassung falsch, so werden wir die Konsequenzen ziehen und werden abwandern. Aber wir müssen heute, nach zwei Jahren des Hangens und Bangens, endlich Gewissheit darüber haben, inwieweit uns der Minderheitenschutzvertrag schützt. Unsere Auffassung nach stehen sich Minderheitenschutzvertrag und Entdeutschungs-

## Die Oberschlesienserhandlungen.

Berlin, 11. Dezember. In der Freitagssitzung der ober schlesischen Delegationen an der die polnischen Delegierten Olzowski und Bradavski und von deutscher Seite Minister Schäffer und Staatssekretär Gewald teilgenommen haben, wurde der Arbeitsplan der Kommission festgelegt. Beide Parteien wünschen eine beschleunigte Erledigung der Aufgaben sowie dies ohne Schaden für die Grundlichkeit geschehen kann. Der Upstand, daß die Verhandlungen in Oberschlesien selbst stattfinden, ist best die Arbeit sehr, zumal da jeden Augenblick die in Frage kommenden Sachverstände ohne Verlust herangezogen werden können. Interessant ist es, daß an einem Tage der polnische am anderen der deutsche Delegierte den Vorsitz in den Verhandlungen führt.

## Calander nach Oberschlesien.

Genf 11. Dezember. Präsident Calander hat die Delegierten benachrichtigt, daß er sich in den ersten Tagen des Januar nach Oberschlesien begeben werde, falls seine Anwesenheit in Genf nicht unbedingt nötig sein sollte. Er wird sich in Oberschlesien nur so lange aufhalten, als es unbedingt nötig ist und die wichtigen Industriezentren besuchen.

## Die irische Frage.

### Spaltung unter den Sinnfeinern.

London, 10. Dezember. Nach einer langen Beratung des britischen Cabinets in Dublin hat die Valera am Montag eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

Die Bedingungen des irischen Uebereinkommens stehen im starken Gegensatz zu den Wünschen des irischen Volkes. Es halte es für seine Pflicht, unverzüglich zu erklären, daß er die Annahme des irischen Vertrages nicht empfehlen könne.

Die Erklärung der Valeras und die Spaltung unter den Sinnfeinern wird allgemein befürchtet. Daily Express sagt: Es sei wahrscheinlich, daß der Frieden dadurch verzögert werde. Eine irische Volksabstimmung sei der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit.

Chicago Tribune meldet aus London: Trotz der Opposition der Valeras ist der englisch-irische Vertrag so gut wie angenommen und wird am kommenden Mittwoch in Dublin im Parlament zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Die Valera erkennt sich der Unterzeichnung höchstens 40 Abgeordneten. Falls es eine Volksbefragung bestehen sollte, würde sein Standpunkt noch mehr isoliert sein.

Gegenüber dem Manuskript der Valeras, der zur Nichtigmachung des englisch-irischen Vertrages auffordert, haben die irischen Führer Griffith und Collings einen Aufruf erlassen, in dem sie aussöhnen: Wir haben den englisch-irischen Vertrag unterschrieben und hegen die Hoffnung, daß wir damit den Grund zu einem standigen Frieden gelegt haben und zur Freundschaft der beiden entzweiten Völker. Wie hoffen, daß dieser Vertrag das Ende unseres hunderjährigen Freiheitkampfes sein wird.

politik gegenüber wie Feuer und Wasser. Auch der „Dziennik“, noch nicht natürlich Blätter anderer Färbung, sehen es als etwas ganz Selbstverständliches an, daß die Germanisationsarbeit des letzten Jahrhunderts vernichtet werden dürfe, und daß die hiesigen deutschstämmigen Existenz in Verfolgung dieses Ziels aus dem Lande gedrängt werden dürfen. Unseres Erachtens eine völlige Unmöglichkeit. Wozu dann der ganze Minderheitenschutzvertrag? Die Grundidee dieses Vertrages war doch eben, daß die Einzelgesetzten — die Menschen — nicht durch die Umgestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse irgendwie in Minderheit gehangen werden sollten, sondern daß die Deutschen hier im Lande als fremdstämmige Minderheit genau so sollten leben dürfen wie ihre Mitbürger polnischen Stammes.

Es ist eine durchaus schiese Darstellung, wenn der „Dziennik“ meint, die schnelle Dezimierung des hiesigen Deutschstums, wie sie sich in den letzten zwei Jahren vollzogen hat, sei der beste Beweis dafür, daß es sich um einen fremden hier künstlich aufgeprägten Neis gehandelt habe, das von vornherein dem Verdorren ausgesetzt gewesen wäre. D nein, so ist es nicht! Das schnelle Verschwinden des hiesigen Deutschstums zeugt vielmehr von der Schwere der Verdrückung, die durch diese zwei Jahre auf uns gesetzt hat. Wir bitten den „Dziennik“ dringend, die Dinge wirklich objektiv zu betrachten; aus der Heimat geht keiner leichten Herzens, und keinem fällt der Entschluß leicht, das aufzugeben, woran er selbst seine Lebensarbeit gesetzt hat, oder was er von seinen Voreltern als Erbe übernommen hat. Die Scholle, die wir selbst Jahr um Jahr bebaut haben, den Baum, den wir gepflanzt und gehegt haben, die Erde, die unter unseren Händen zum Himmel wuchs, in andere Hände zu übergeben, ist für jeden von uns der schwerste Entschluß. Ein Entschluß, wie er eben nur gefaßt wird unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse. Wir hätten den Herren vom „Dziennik“ gewünscht, einmal mit dabei zu sein, wenn Bauern und Gewerbetreibende, Arbeiter und Großindustrielle mit tränendem Auge von ihrer Heimat Abschied nahmen, und wir wünschten, daß er aus den Briefen der Abgewanderten erfähre, wie sehr sie sich nach ihrer Heimat zurücklehnen und wie schwer es ihnen wird, in der Fremde und Deutschland ist für sie die Fremde wieder Wurzel zu fassen. Sie alle werden den Herren vom „Dziennik“ bezeugen, wie schwer sie sich dazu entschlossen haben, den Schritt ins Ungewisse zu tun, werden bezeugen, daß sie nur durch extremen Druck gewichen sind. Vielleicht versteht sich einmal einer der verehrten Herren vom „Dziennik“ dazu, uns bei einem Gange über unsere Friedhöfe hier in Posen oder draußen in der Provinz zu begleiten. Glauben die Herren wirklich, daß ein Deutscher leichtfertig die Säcke verläßt, an denen seine Eltern und Kinder begraben sind?

Der „Dziennik“ meint, daß es uns Deutschen vielleicht kaum möglich wäre, uns selbst bei bestem Willen hier anders zu fühlen und zu geben, wie als Träger einer deutschen Freiheit. Und zwar wegen der Nähe der deutschen Grenze, über die hinweg wir Anlehnung an unser Mutterland suchen und finden. Wir wissen diesem Gedankengänge nicht

## Von der Abrüstungskonferenz.

### Die Frage des fernen Ostens.

Washington, 11. Dezember. In den Kreisen der Konferenzteilnehmer in Washington ist man der Ansicht, daß die Lage gegenwärtig sehr vertrauenerwährend ist. Einige von den Delegierten haben sich geäußert, daß schon in den ersten Tagen dieser Woche folgende Vereinbarungen unterzeichnet werden: 1. die Verständigung über die Stärke der Kriegsflotten; 2. die Verständigung in der Angelegenheit des Stillen Ozeans; 3. die Bestimmungen über die Einschränkung im Hafenbau, besonders im Bau der Flottensämpfe im Stillen Ozean. Die endgültige Entscheidung darüber wird von dem Standpunkt abhängen, der Japan in dieser Frage einnehmen wird. Am Sonnabend besprach in Tokio der Ministerrat die Angelegenheit und soll sich auf das Flottensämpfe 5 zu 5 zu 3 geeinigt haben. Admiral Sims soll vom Thronfolger Horoshito zur Unterschrift folgender vier Punkte bevohlachtigt worden sein: territoriale Unverletzlichkeit des Stillen Ozeans; die kontraktliche Verpflichtung, sich jedes Angriffs auf die Gebiete anderer Mächte zu enthalten; sowie es die Lebensinteressen eines der Mächte fordern werden, in jeder Vertragsfläche moralisch verpflichtet, sich mit den anderen vertragsschließenden Mächten zu verständigen, bevor er irgend welche Schritte unternimmt; bei Streitfällen zwischen zwei Mächten sind diese verpflichtet, am anderen Mächte als Schiedsrichter in der strittigen Frage anzuverufen. Der englisch-japanische Vertrag wird mit dem Augenblick der Ratifikation dieser Abmachungen aufhören.

### Der chinesisch-japanische Streit.

Washington, 10. Dezember. Die chinesische Delegation hat Japan folgende Erklärung zukommen lassen: Wenn nicht innerhalb von drei Tagen die direkten Verhandlungen über die Rückgabe Schantungs ohne Vorbehalt eingeleitet werden, wird China ihre Delegierten aus Washington abberufen, und die Verantwortung müsse dann die Konferenz tragen. Zwischen China und Japan schweben auch Verhandlungen über Port Arthur. Japan steht auf dem Standpunkt, daß es für den Hafen zu viel gezahlt habe, um ihn an China zurückgeben zu können. China seinerseits behauptet, daß der Friede im fernen Osten durch den Besitz Port Arthur durch Japan gefährdet ist. In der Angelegenheit von Kiautschou erkennt China die Übernahme der deutschen Rechte durch Japan nicht an, da es ja den Verfaßter Vertrag nicht unterschrieben habe.

ganz Jolopen. Worum wird es polnischerseits als durchaus seltsam und absurd betrachtet, daß sich die Polen drüben in Deutschland als Söhne ihres Stammes fühlen? Wir gestatten uns zu verweisen — auf einen Artikel des „Kurier“ in seiner Nr. 273, betitelt „Unter den Seinen in der Fremde“. Es wird dort die Teilnahme des hiesigen Präses des Sokolverbandes an der Novemberaufstandssieger des Sokolverbands in Westfalen geschildert. Mit Beifriedigung wird festgestellt, daß unter den vielen tausend Polen, die ihre Vertreter nach Herne gesandt hatten, so mancher zu einem tüchtigen Leiter der nationalen Sache an der Ruhr und am Rhein gekommen sei. Dem Vortrage über den Novemberaufstand — einem Mausoleum in dem unaufhörlichen Kampfe um Freiheit, Unversehrtheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, des Kampfes, der durch den großen Führer, den die Sokolschaft sich zum Patron der Nation erwählt hatte, besiegelt wurde, und der siegreich geführt wurde bis zur Stunde der Auferstehung — habe man mit sichtbarem Interesse zugehört. Und einer der Kameraden habe für den Vortrag mit den Worten quittiert, „daß die Arbeit auf dem Boden der Sokolschaft in starkem Maße zur Erhaltung des nationalen Geistes in den polnischen Arbeitern massen im Westen Deutschlands beigetragen habe.“ Einer der Herner Redner ist zurzeit Beamter des Konsulats der polnischen Republik in Essen. Das wird in dem „Kurier“-Artikel mit beiderer Beifriedigung festgestellt, daßselbe von drei anderen Führern der westfälischen Sokolschaft, dem Vorsitzenden, dem Verwalter und dem Schriftwart, die ebenfalls zum Konsulatspersonal gehören. Es ist ein eigenartiges Ding, daß die Polen solche ausgeprägte nationale Organisationsarbeit ihrer Stammesgenossen und solche Pflege des nationalen Geistes drüben in Deutschland als etwas Selbstverständliches ansiehen und feiern, während sie uns Deutschen schon die leiseste Anlehnung an unser Mutterland verübeln, und es beinahe als Staats- und Landesverrat ansehen, wenn uns für unsere rein kulturellen Bestrebungen, insbesondere zur Wiederherstellung unserer Schulnot, Mittel von drüben zur Verfügung gestellt werden. Wir bitten doch dringend, mit gleicher Masse zu messen. Unserer Auffassung nach soll das Polentum drüben in großer Zahl erhalten bleiben, ebenso soll aber auch hier das bodenständige Deutschtum auch weiterhin seine Bleibe finden. Das wird ein guter Teil mit dazu beitragen, daß sich die beiden Nachbarstaaten miteinander verständigen und daß sich polnische und deutsche Bevölkerung immer wieder zu einander finden. Auch heute noch bleibt wahr, was der Vorsitzende unseres Deutschumsbundes in der Posener Tagung vor knapp 10 Jahren gesagt hat, „wir Deutschen hier und die Polen drüben müssen die Brücke werden, über die hinweg die beiden großen Volksgemeinschaften zueinander kommen.“

Möchte es endlich so weit sein, daß huben und drüben diese große historische Mission voll erfüllt wird, möchte endlich das Trennende beiseite gestellt und das Eine nende in den Vordergrund gerückt werden!

## Die Danina im Sejm.

Am Freitag und am Sonnabend setzte der Sejm über die einmalige Abgabe (Danina).

Berichterstatter Abg. Wieracki erklärte, im Programm des Finanzministers über die Mittel zur Erfüllung der Finanzen nehme die Danina eine führende Stellung ein, auch der Sejm hätte ihr besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es müsse festgestellt werden, daß keiner der Steuererträge die Gesellschaft so eifrigiert und so allgemeine Anerkennung gefunden hätte wie der Daninenaufwand. Die Gesellschaft fühle sich ebenso verpflichtet, dem Staat ein Opfer von seiner Seite zu bringen, wie es ein solches mit seinem Blute gebracht hat.

Die Bedeutung dieses Reichsprojekts hätte auch die Finanzbundeskommision anerkannt und den Regierungsentwurf einmütig als Grundlage für seine Arbeit angenommen. Der von der Kommission berufene Untersuchungsausschuss für seine Beratungen 23 Sitzungen. Die Kommission nahm den Entwurf des Unterausschusses im Laufe von vier Sitzungen an. Die vier wichtigsten Fragen wurden während der Beratungen der Untersuchungskommission und der Kommission vorgetragen.

Zunächst die Grundlage für die Verbreiterung der Einziehung der Danina, das heißt ihre Verlegung auf die breiteren Kategorien der Bevölkerung und damit die Vereinigung der Belastung jeder einzelnen Kategorie. Es wurden also drei neue Kategorien von Bürgern angenommen: die Aufsteiger und Nachsteiger von Staatsgütern, die freien Berufe und die Besitzer städtischer Eigentümern. Am längsten diskutierte sich die Kommission mit dem Projekt der Belastung der Wirtschaft mit der Abgabe; das Projekt wurde jedoch von der Kommission verworfen, da sie der Finanzminister davon überzeugt war, daß sie dem Grundsatz der Abgabe widerspreche, da diese die Stabilisierung und Erhaltung des Valutafurses anstrebe, während das Projekt einer Belastung der Wirtschaft durch die Abgabe den Ausgang herabdrücken würde. Der Finanzminister brachte dagegen eine andere Art der Abgabe in Vorschlag für die Gruppen, die im vorliegenden Gesetz keine Belastung unterliegen, und zwar forderte er einen Gesetzentwurf über die Ausgleichsdanina und eine solche der Kriegsberichtigung an. Die zweite grundlegende Frage war der Schlüssel zur Verlegung der Abgabe auf die einzelnen Wirtschaftsklassen. Die Kommission mußte auf Grund sämtlicher zugänglicher statistischer Daten den Wert der Vermögen im Landwirtschaft, in der Industrie und die städtischen Werte abschätzen. Da die Vertreter des ländlichen Bereiches im Sejm die Mehrheit bildeten und die Kommission ihrem Projekt eine einmütige Annahme sichern wollte, so wurde das Ackerbaubudget verringert und das der Industrie und des Handels vergrößert. Für die Landwirtschaft sind demnach 50 Milliarden vorgesehen, für die Industrie und den Handel dagegen 24½ Milliarden. Die Ermäßigung des Gesamtbudgets von 100 auf 80 Milliarden erklärt sich zum Teil durch die zurzeit durchlebte Wirtschaftskrisis.

Den Rest des von der Kommission festgelegten Kontingents von rd. 5 Milliarden sollen die städtischen Immobilien, die Mieter, die freien Berufe und die Besitzer von Nutz- und Güterboden abzahlen. Die auf die Immobilienbesitzer entfallenden Beträge sind ermittelt worden. Für die Landwirtschaft beginnt die Ermäßigung bei Wirtschaften von 10 Morgen abwärts, diese Wirtschaften erhalten eine Ermäßigung von 100 Prozent. Der Prozentsatz bei Ermäßigung wächst bei kleineren Wirtschaften und erreicht bis 75 Prozent bei Wirtschaften unter 5 Morgen.

Für die Industrie erreicht der Prozentsatz eine bedeutende Erhöhung des Regierungsbudgets. Den Banken wurde er um 114,4 Prozent, so nach der Größe des Unternehmens, erhöht. Für die größeren Unternehmungen wurde er um 27 Prozent erhöht, für die mittleren und kleineren um 25 bis 30 Prozent erhöht. Für Gesellschaften wurde statt der sechsfaichen eine vierfache Belastung angenommen. Die Danina sollte den Wirkungskreis der Danina am Tage nach ihrer Ankündigung realisiert, dann wären heute bereits 80 Milliarden in der Kasse des Staates, und der Minister brauchte heute während der Krise nicht zur neuen Banknotenemission seine Ressourcen zu nehmen, um die Produktion des Landes zu retten.

In der Fortsetzung der Beratung am Sonnabend erklärte der Abg. Krupa (volk. Pol.): Wenn die weniger als 5 Morgen besitzenden Bauern nicht von der Abgabepflicht befreit werden, dann werden wir gegen die ganze Abgabe stimmen. Wir haben jedoch die Hoffnung, daß in der zweiten Sitzung des Sejm den Präsidenten für die wenig Landbesitzer um 100 herabsetzen wird.

Abg. Hirschhorn (hub.): Das Defizit des Staates muss durch Einsparungen gebrochen werden. Die einmalige Abgabe wird einen Einfluss auf die Einkünfte des Staates bestimmen, erst im März oder im April haben, bis dahin aber wird die Emission unserer Banknoten von neuem zunehmen.

Abg. Swida teilte mit, daß seine Partei, die Christlich Demokraten, für die Abgabe stimmen wird.

Abg. Chodzhuski: Auch meine Partei wird für die Abgabe stimmen.

Abg. Sokolowski: In dem Streit zwischen Dorf und Stadt über die Verteilung der Abgabe können die interessierten Parteien nicht entfehlern. No wendig ist ein Oberster Schiedsrichter, und dafür ist der Finanzminister die gegebene Person. Der jetzige Entwurf scheint mir unantastbar.

**Das Geheimnis vom Brintnerhof.**  
Roman von Erich Ebenstein.  
(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30.)  
(Fortsetzung.)

„Nein. Ich tu's nicht. Wir haben vor allem auf unsere Reputation zu schauen, da läuft man nicht wie der nächstbeste Schusterbube hin, wenn irgendwo ein Verbrechen geschehen ist! Und überhaupt: ich wünsche nicht, daß dem Gerecht, das Mosa schon unter die Füte gebracht hat, jetzt noch irgendwie Vorschub geleistet wird. Da nichts aus Deinem bösen Heiratsplan geworden ist, braucht auch nachträglich niemand davon zu erfahren. Mosas Geschwätz wird eben Geschwätz bleiben, wenn wir durch unser Benehmen ihm keine neue Nahrung geben. Darum verlange ich, daß Du in keiner Weise mehr Anteilnahme an den Vorgängen im Brintnerhof zeigst, als sich mit dem Grundsatz deckt: Der alte Brintner war Stammgast bei uns, nichts weiter.“

„Frau Berta fuhr auf.“

„Er war mir aber mehr! Und wenn Du nicht gehen willst, um Dich zu erkundigen, so werde ich selbst gehen.“

„Das verbiete ich Dir!“

„Hast Du mir überhaupt etwas zu verbieten?“

„Seit ich die Führung übernehmen muß, weil Dein Weiberstand nicht mehr ausreicht dazu!“

Es lag etwas so Entschlossenes in seinem Ton, etwas so Drohendes in seinem Blick, daß Frau Berta ihn fassungslos anstarnte.

War das noch der barbare geschmeidige Bruder, dem sie eine schöne, fast unabhängige Stellung neben sich gegeben und auf dessen Ergebnis sie rechnen zu dürfen geglaubt hatte?

Wie ein Gebreter stand er plötzlich vor ihr.

Vielleicht fühlte er, daß er die Zügel der jäh an sich gerissenen Herrschaft zu straff angewandt hatte. Er fuhr

Abg. Smotka: Wie wir im vergangenen Jahr für den Schutz des Vaterlands eintraten, so treten wir jetzt für die Abgabe ein, aber wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Last gerecht verteilt wird. Abg. Łukaszek spricht nicht gegen die Abgabe aus.

Wodalostski fragt den Finanzminister, welche Gestalt jetzt der Plan der Abgabe in ihm angenommen hat. Die Abgabe muß leichtmäßig und gerecht verteilt werden, und zwar so, daß sie wirklich gezahlt werden kann. Im Verhältnis zum Handel und zur Industrie ist die Landwirtschaft von der Abgabe zu schwer belastet. Wir verlangen eine vernünftige und begründete Progression und sind der Ansicht, daß das im Interesse des Staates liegt.

Abg. Koliżek (Klub der Verfassungspartei): Die Abgabe ist nicht das einzige in Beacht kommende Mittel. Wir stehen auf den Standpunkt, daß in diesem Ausnahmefalle der Finanzminister gewisse zeitlich umgrenzte Vollmachten bekommen muss. Das wird ihm gegenüber den anderen Ministern, gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber dem Auslande das erforderliche Ansehen und Gewicht geben. Ein weiterer Punkt im Programm des Ministers ist das Bestreben, eine Versorgung des Lebens herzuleiten. Eine solche Versorgung ist für die Produktion eine notwendige Voraussetzung. Wenn der Finanzminister den Danina an. Die vier wichtigsten Fragen wurden während der Beratungen der Untersuchungskommission und der Kommission vorgetragen.

Zunächst die Grundlage für die Verbreiterung der Einziehung der Danina, das heißt ihre Verlegung auf die breiteren Kategorien der Bevölkerung und damit die Vereinigung der Belastung jeder einzelnen Kategorie. Es wurden also drei neue Kategorien von Bürgern angenommen: die Aufsteiger und Nachsteiger von Staatsgütern, die freien Berufe und die Besitzer städtischer Eigentümern. Am längsten diskutierte sich die Kommission mit dem Projekt der Belastung der Wirtschaft mit der Abgabe; das Projekt wurde jedoch von der Kommission verworfen, da sie der Finanzminister davon überzeugt war, daß sie dem Grundsatz der Abgabe widerspreche, da diese die Stabilisierung und Erhaltung des Valutafurses anstrebe, während das Projekt einer Belastung der Wirtschaft durch die Abgabe den Ausgang herabdrücken würde. Der Finanzminister brachte dagegen eine andere Art der Abgabe in Vorschlag für die Gruppen, die im vorliegenden Gesetz keine Belastung unterliegen, und zwar forderte er einen Gesetzentwurf über die Ausgleichsdanina und eine solche der Kriegsberichtigung an. Die zweite grundlegende Frage war der Schlüssel zur Verlegung der Abgabe auf die einzelnen Wirtschaftsklassen. Die Kommission mußte auf Grund sämtlicher zugänglicher statistischer Daten den Wert der Vermögen im Landwirtschaft, in der Industrie und die städtischen Werte abschätzen. Da die Vertreter des ländlichen Bereiches im Sejm die Mehrheit bildeten und die Kommission ihrem Projekt eine einmütige Annahme sichern wollte, so wurde das Ackerbaubudget verringert und das der Industrie und des Handels vergrößert. Für die Landwirtschaft sind demnach 50 Milliarden vorgesehen, für die Industrie und den Handel dagegen 24½ Milliarden. Die Ermäßigung des Gesamtbudgets von 100 auf 80 Milliarden erklärt sich zum Teil durch die zurzeit durchlebte Wirtschaftskrisis.

Den Rest des von der Kommission festgelegten Kontingents von rd. 5 Milliarden sollen die städtischen Immobilien, die Mieter, die freien Berufe und die Besitzer von Nutz- und Güterboden abzahlen. Die auf die Immobilienbesitzer entfallenden Beträge sind ermittelt worden. Für die Landwirtschaft beginnt die Ermäßigung bei Wirtschaften von 10 Morgen abwärts, diese Wirtschaften erhalten eine Ermäßigung von 100 Prozent. Der Prozentsatz bei Ermäßigung wächst bei kleineren Wirtschaften und erreicht bis 75 Prozent bei Wirtschaften unter 5 Morgen.

Für die Industrie erreicht der Prozentsatz eine bedeutende Erhöhung des Regierungsbudgets. Den Banken wurde er um 114,4 Prozent, so nach der Größe des Unternehmens, erhöht.

Für die größeren Unternehmungen wurde er um 27 Prozent erhöht, für die mittleren und kleineren um 25 bis 30 Prozent erhöht. Für Gesellschaften wurde statt der sechsfaichen eine vierfache Belastung angenommen. Die Danina sollte den Wirkungskreis der Danina am Tage nach ihrer Ankündigung realisiert, dann wären heute bereits 80 Milliarden in der Kasse des Staates, und der Minister brauchte heute während der Krise nicht zur neuen Banknotenemission seine Ressourcen zu nehmen, um die Produktion des Landes zu retten.

In der Fortsetzung der Beratung am Sonnabend erklärte der Abg. Krupa (volk. Pol.): Wenn die weniger als 5 Morgen besitzenden Bauern nicht von der Abgabepflicht befreit werden, dann werden wir gegen die ganze Abgabe stimmen. Wir haben jedoch die Hoffnung, daß in der zweiten Sitzung des Sejm den Präsidenten für die wenig Landbesitzer um 100 herabsetzen wird.

Abg. Hirschhorn (hub.): Das Defizit des Staates muss durch Einsparungen gebrochen werden. Die einmalige Abgabe wird einen Einfluss auf die Einkünfte des Staates bestimmen, erst im März oder im April haben, bis dahin aber wird die Emission unserer Banknoten von neuem zunehmen.

Abg. Chodzhuski: Auch meine Partei wird für die Abgabe stimmen.

Abg. Sokolowski: In dem Streit zwischen Dorf und Stadt über die Verteilung der Abgabe können die interessierten Parteien nicht entfehlern. No wendig ist ein Oberster Schiedsrichter, und dafür ist der Finanzminister die gegebene Person. Der jetzige Entwurf scheint mir unantastbar.

Die Danina im Sejm.

Nieders. Der Rechner hält alle Angaben des Antrags für Erfundungen, seine Partei wird aber für die Dringlichkeit des Antrags stimmen, da sie erwartet, daß der Antrag die Antragsteller selbst zum Vorschein bringen wird.

Die Dringlichkeit des Antrags wird angenommen. Nächste Sitzung am Montag nachmittag um 4 Uhr.

## Ministerrat.

### Liquidierung des Verpflegungsministeriums.

Warschau, 9. Dezember. Auf Wunsch des Finanzministers versammelte sich am Mittwoch der Ministerrat, um den Gesetzesentwurf über die sofortige Liquidierung des Verpflegungsministeriums zu besprechen. Der Minister Michałski wünscht ein entsprechendes Gesetz durch den Sejm noch vor dem Weihnachtsfest durchzuführen, damit bei Beginn des neuen Haushaltsjahrs die Liquidierung dieses Ministeriums eine vollzogene Tatsache sei. Der Ministerrat hielt dieser Tage zwei Sitzungen ab. In der ersten Sitzung, die von 2 bis 4 Uhr nachmittags dauerte, wurde beschlossen, daß das in den Liquidierungszustand übergeführte Verpflegungsministerium mit dem 31. Dezember ab, zu bestehen aufhört. Außerdem werden gleichfalls: das Staatsamt zum Ankauf von Artikeln ersten Bedarfs, das staatliche Getreideamt, das staatliche Kartoffelamt und das Amt zur Versorgung der staatlichen Arbeiter. Die endgültige Liquidierung der Angelegenheiten des Verpflegungsministeriums und seiner Ämter wurde dem Finanzminister übertragen, das einen Liquidator ernannt. An der zweiten Sitzung, die um 11 Uhr nachts begann, wurde die Angelegenheit der Aufhebung der Kreisbaudirektionen geprüft.

Warschau, 9. Dezember. Der Handels- und Industrieausschuss des Sejms und die Kommission für Arbeitsaufschwung erledigten in gemeinsamer Sitzung dringende Anträge in der Angelegenheit der wirtschaftlichen Krisis. Nach der Ansprache aller Abgeordneten und den Auflösungen des Wissenschaftlers Straßburgi nahmen die Kommissionen mit Stimmenmehrheit die Anträge an, die eine Befreiung der drohenden Industriekrisis erstreben. Diese Angelegenheit wird wahrscheinlich am nächsten Dienstag Beratungsgegenstand im Plenum bilden.

## Die Pogrome in der Ukraine.

Von dem Geschäftsträger der Ukrainischen Volksrepublik in Berlin erhalten die dortigen Blätter folgende Zuschrift:

„Laut telegraphischen Meldungen aus Warschau veranstalten Petljutas Banden in der Ukraine Judenmassenmorde, und es fließen aus Angst vor Pogromen Tausende von Juden über die politische Grenze. Demgegenüber sei auf Grund unserer authentischen Informationen festgestellt, daß die Nachricht, wonach Massaker gegen die jüdische Bevölkerung derzeit in der Ukraine vorliegen, leider allerdings richtig ist; doch werden diese Pogrome keineswegs von den ukrainischen Insurgents, sondern von den roten Truppen veranlaßt, welche im Hinblick auf die dem Aufstand freudliche Stimmung der friedlichen jüdischen Bevölkerung die letztere immer vor dem Einzug der Aufständischen deshalb massakriert und plündert, weil das Gros der städtischen und ländlichen jüdischen Bevölkerung der Bolschewiki-Herrschaft seit die ukrainischen Aufständischen überläßt, wo sie erschlagen, mit Enthusiasmus begrüßt und ihnen im Falle eines Rückslages zugunsten der Roten Armee sogar geheime Unterstützung gewährt.“

Die Flucht zahlreicher jüdischer Familien aus der Ukraine erfolgt keineswegs aus Furcht vor den ukrainischen Aufständischen, sondern vor diesen Repressalien, die im letzten Oktober befahl der jüdischen Bevölkerung offiziell angekündigt wurden. Da die Insurrektion, welche laut unseren zuverlässigen Informationen derzeit fast in allen Gouvernementen unseres Staatsgebietes ausgebrochen ist, tatsächlich den Sturm des nicht nur von den nationalbewußten ukrainischen Bevölkerung, sondern auch von den in der Ukraine ansässigen Juden, Polen und Deutschen gehaltenen bolschewistischen Systems und die Wiedereinführung der Regierung der Ukrainischen Volkspartei mit Oberstatthalter Petljura an der Spitze bezeichnet, so ist allerdings der Name Petljuras das Symbol des jüdischen Aufstandes, welcher, trotzdem er keinerlei Hilfe von außen erbält, die roten Truppen seit fünf Wochen so ernst beschäftigt, daß die Moskauer Regierung, wie oben konstatiert, zu einem Presseschießtag zwecks Kompromittierung dieser großen Volksbewegung greifen gewungen ist.“

## Wirtschaftskrise in Lettland.

Riga, 10. Dezember. Das Steigen des lettändischen Industrieindex macht der einheimischen Industrie die Konkurrenz mit den eingeführten ausländischen Waren unmöglich. Da zugleich auch die Exportaussichten sich nicht verwirklichen, so sind schon eine Reihe besserer Betriebe geschlossen worden, andere arbeiten nur zwei bis drei Tage wöchentlich. In der Holzindustrie sind mehrere Fälle von Insolvenz zu verzeichnen. Um eine Verschärfung der Krise zu verhindern, bemühen sich die Industriellen beim Finanzministerium um eine Erhöhung der Einfuhrzölle und Herabsetzung der Ausfuhrgebühren. Auch der Handel liegt darunter. Eine Reihe ausländischer Firmen stellt ihre Tätigkeit ein, andere bereiten sich zur Liquidation vor.

„Nein. Das ist nicht meines Amtes. Aber Du sagst — auch! Solltest etwa Du auf jemand Verdacht haben?“

Frau Marianne fuhr in ihrer Beschäftigung, den Abendstisch abzuräumen, gelassen fort.

„Das nicht gerade,“ antwortete sie bedächtig, „aber man denkt halt in solchen Fällen an mancherlei zurück. Und davon bin ich überzeugt: außer dem Haufe hatte der alte Mann keinen Feind!“

Der Gemeindesekretär rückte unruhig auf seinem Sitz herum. Seine Frau fuhr fort. Es ist auch zu auffallend, daß niemand von allen Bewohnern in beiden Häusern etwas gehört hat. Die jungen Brintners haben ihr Schlafzimmer doch gerade über des Alten Wohnstuhl. Dann, doch die Sparassenbücher liegen geblieben. Und daß es gerade geschah, während Toni Maibach fort war! Sie spricht doch kaum ein Wort mit jemand, und nicht einmal wir herumrufen würden, daß sie nach Maria Zell gesahen ist. Erst heute früh nach dem Mord erfuhren wir es.“

„Wo willst Du denn mit all dem hinaus, Marianne?“

„Zu dem Schluck, daß es nur jemand mit den Hausverhältnissen ganz Vertrauter getan haben kann! Dabei muß ich immer an den Abend neulich denken, wo wir alle durch den Streit der jungen Brintnerin mit dem Alten aus dem Schlaf geweckt wurden. Niemals läuft mir des Alten Herrn Stimme im Ohr: „Zu Hilfe, Leut!“ Er vergreift sich an mir!“

Der Gemeindesekretär sah seine Frau streng an.

„Das ist Uasinn, Marianne! Daß es Streit zwischen dem Alten und dem Jungen gab, wissen wir alle. Aber aus dem schon auf ein Verbrechen zu schließen, ist ungerecht und widerständig. Ein Sohn — den Vater! Nein, nein, da —“

„Ich meine auch gar nicht daß er es getan hat. Der Andree ist ein heimlicher Sünder und willensschwach. Aber sie — die Justina —“

(Fortschung folgt.)

sich wie beruhigend über die Stirn, drückte die Schwester in einen Lehnsstuhl und sagte sanft: „Du darfst mir nicht böse sein, Berta, daß ich diesmal auf meinem Willen bestehne.“

„Geschicht ja nur in Deinem Interesse. Dein Ruf soll rein bleiben und vor Lächerlichkeit geschützt. Die Nachrichten, die Du so sehnlich erwartest, werden wir sehr bald auch unsern Nutzen bekommen. Manch einer von denen, die jetzt am Brintnerhof ähnlich zu tun haben, wird sich nachher in der Sonne“ stärken. Dr. Helmreicher, der Gemeindearzt, bestimmt!“

„Du meinst?“

„Ich bin überzeugt davon. Er kommt ja täglich auf einen Dämmergeschoppen und wird mit gegenüber nicht hinter dem Berg halten mit seinen Neugierden. Und da bekommen wir dann wenigstens Verbürgtes zu hören. Bleibe jetzt ruhig hier, weine Dich meinewegen aus, wenn es Dir leichter wird, und ich verspreche Dir dafür, sowie ich etwas erfahre, bringe ich Dir die Nachricht sofort.“

Stüßend ergab sich Frau Kreibig in ihr Schicksal.

Als Frau Hudler abends heimkam, fand sie die Parteien des Hauses und viele Bekannte derselben aus dem Markt in eifriger Gespräch mit dem Gemeindediener Kochl vor dem Hause stehen.

## Sowjetrussland.

### Deutsch-russische Handelsverträge.

Berlin, 10. Dezember. Der Korrespondent des Ost-Express erfährt von dem Generalsekretär der Handelskammer Sowjetrusslands Peter, daß die Verwaltung der deutschen Ost-europäischen Kreditbank-Aktiengesellschaft in Ebersfeld mit Russland einen Kreditvertrag abgeschlossen habe, trotz dessen die Handelskammer der Sowjets die deutschen Firmen für 200 Millionen Mark Waren bestellt habe. Die Zahlung wird so erfolgen, daß nach Vorweisung des Lieferungsdokumentes die Handelskammer einen gewissen Prozentsatz bar in deutscher Mark den Rest der Summe dagegen mit Belegschaft, zahlbar in der Zeit von 12 Monaten, bezahlen wird. Um Kriegssache oder bei Abbruch der Handelsbeziehungen kann die Bank diesen Vertrag rückgängig machen, muß aber die bis zu dieser Zeit gemachten Bestellungen ausführen. Dieser Vertrag kann noch erweitert werden.

### Kein Handelsvertrag mit Italien.

Warschau, 10. Dezember. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten della Torre erklärt in der Kammer, daß die Verhandlungen mit Sowjetrussland über den Handelsvertrag sich zerschlagen hätten. Italien kann sich mit den Bedingungen, die die Sowjetregierung stellte, nicht einverstanden erklären. Ebenso ist Italien gegen eine Liquidierung der alten russischen Botschaft in Rom. Die Verhandlungen Dänemarks mit den Sowjets haben sich gleichfalls zerschlagen.

## Polnisch-Danziger Beziehungen.

### Entscheidung des Oberkommissars.

Danzig, 11. Dezember. General Haking, der Oberkommissar des Volksrates in Danzig, hat nunmehr in den ihm seinerzeit vorgelegten Streitfragen zwischen der polnischen und der Freien Stadt Danzig und zwar: 1. über den rechtlichen Standpunkt des polnischen Staates im Gebiete der Freien Stadt Danzig, 2. den Rechtsstandpunkt des polnischen Eigentums der Lemter und Beamten und 3. den Rechtsstandpunkt der polnischen Schifffahrt usw. eine Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung lautet in allgemeinen Umrissen wie folgt: 1. Der polnische Staat muß seine Verwaltungsräte beibehalten und seine Tätigkeit verlängern, wie dies im Vertrage festgestellt wurde. Polnische Schiffe, die den Danziger Hafen und die Wasserwege benutzen, unterliegen der Verwaltung des Hafens, wie auch den Danziger Gerichten und Behörden, wie alle anderen Schiffe, die diese Gewässer benutzen. 2. Das polnische Eigentum, das sich im Gebiete der Freien Stadt Danzig befindet, soll nach dem Abschluß des Vertrages behauptet werden. Ausgeschlossen ist es, daß die polnischen Schiffe von den Hafengebühren und anderen Gebühren befreit sind und die Anordnungen des Hafens nicht befolgen brauchen. 3. Alle Personen, die im Gebiete der Freien Stadt Danzig oder seiner Nachbarschaft leben, die unter dem Schutz des Art. 23 des Vertrages stehen, unterliegen den Danziger Gesetzen und Gerichten, mit Ausnahme der diplomatischen Vertreter. 4. Nach der obigen Erklärung muß der Artikel 23 des Vertrages zur Verständigung beider Regierungen möglichst schnell in Kraft treten, und die Danziger Regierung darf sich der Erteilung aller Ausnahmegesetze nicht widersetzen, die Polen bezüglich der Bauten, des Besitzes usw. im Gebiete der Freien Stadt Danzig fordern wird, mit dem Vorbehalt, daß diese Rechte die Rechte des Hafens nicht schmälern.

## Frankreichs neue Forderungen an Deutschland.

Paris, 11. Dezember. Im Senat erklärte Briand in Erwidlung auf die Interpellation, Frankreich bleibe auf dem Boden der durch die Reparationskommission festgelegten Forderungen an Deutschland stehen. Es würde ein verträglicher Bankrott sein, wenn Deutschland nicht zahlen würde; aber man könne durchaus nicht behaupten, daß Deutschland nicht den Willen habe, zu zahlen. Auch ihm sei bekannt, daß andere Verbündete die Zahlungsbedingungen auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages ändern möchten. Niemand aber könne behaupten, daß Frankreich mit diesem Vorbehalt weiteres einverstanden sei. Frankreich bestehe darauf, daß Deutschland eine Finanzreform durchführe, seine Steuern erhöhe und einen großen Teil seiner Einnahmen zur Bezahlung seiner Schulden verwende. Frankreich sieht einer deutschen Regierung gegenüber, die besser als die vorhergehende sei. Zum Schluß forderte Briand den Senat auf, ehrlich seine Ansicht über die Politik des Ministerpräsidenten zu äußern. Schließlich nahm der Senat mit 249 gegen 12 Stimmen ein Vertrauensvotum für Briand an.

### Eine Aktion der Deutschen Landwirtschaft.

Berlin, 11. Dezember. Wie die "Tägliche Rundschau" von gutunterrichteter Seite hört, wird am 15. Dezember im Herrensaal eine politische Kundgebung der gesamten deutschen Landwirtschaft stattfinden. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, ein Seunenstück zum Reichsverband der deutschen Industrie, hat sich einer Anregung des Reichslandbundes und der Vereinigung der deutschen Bauernvereine folgend, dazu entschlossen, die deutsche Landwirtschaft zu dieser Kundgebung einzutreten. Gegenstand der Tagesordnung werden die aktuellen wirtschaftspolitischen Tagesfragen bilden. Es gilt, seufzts der Landwirtschaft zum Reparationsproblem, zu den Steuerfragen und zur Frage der Lebensmittelversorgung der Städte Stellung nehmen. Betreffs des letzten Punktes wird an möglichst direkte Versorgung der Großstädte und der Konsumtions-Organisationen gedacht.

## Deutsche Wählerversammlung.

hb. Posen, 12. Dezember.

Die von der Deutschen Partei zur Vorbereitung der am nächsten Sonntag, 18. d. M., stattfindenden Stadtverordnetenwahlen nach dem großen Saale des Evangelischen Vereinshauses für gestern, Sonntag, nachmittag 5 Uhr, einberufene Wählerversammlung füllte den geräumigen Saal bis auf den letzten Platz und ließte den erfreulichen Beweis dafür, daß die Stadtverordnetenwahlen bei den männlichen und weiblichen Wählern das gebührende Interesse finden. Freilich mit den deutschen Massenversammlungen, die vorläufige Wahlen in früheren Zeiten einleiteten, kann der gestrige Versammlungsbesuch begreiflicherweise den Vergleich nicht aushalten, dazu ist die deutsche Wiederauflistung in den letzten beiden Jahren doch zu groß gewesen.

Geheimrat Stämmel eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erstgenannten im Auftrage des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden der Deutschen Partei und des deutschen Wahlausschusses für die Stadtverordnetenwahlen. Zu den vornehmsten Rechten des Staatsbürgers in jedem modernen Staat gehört das Wahlrecht und damit auch die Wahlpflicht. Wir wollen uns eins vornehmen: wir wollen hier in Polen unsere Staatsbürgerpflichten erfüllen und damit unsere Staatsbürgerrichts erwerben. Geheimrat Stämmel hieß darauf den Sejmabgeordneten Bartłomiejewski als Redner des Abends herzlich willkommen und erließ ihm das Wort zu seinem Vortrage über "die Pflicht der Deutschen in Polen zur Beteiligung am öffentlichen Leben". Der Redner führte u. a. folgendes aus:

Wir Abgeordneten sind in gewissem Sinne als Commiss voyageurs zu betrachten. Man weiß, daß jeder Commiss voyageur viel zu erzählen hat, und so können wir auch manches erzählen, was uns auf unseren Reisen begegnet ist. Ich bin Polen, also Ostpreuße. Wenn wir es früher erlebt haben, daß man uns Ostpreußen

je weiter nach Westen mit Mißtrauen begegnete, so ist es doch heute eine Freude, wahrzunehmen, daß man uns nicht mehr von der Seite ansieht. Heute sind uns das Gefühl der innigsten Zusammengehörigkeit. Wo wir uns begegnen, reichen wir uns die Hand. Wie viel mehr wie hier. Bei dem Wörtchen "Sejmabgeordneter" überläuft mich immer eine gewisse Spannung. Mit dem Wort verknüpft sich ein Empfinden, das nicht immer das angenehmste ist. Ich weiß auch, daß aus Ihren Kreisen uns entgegengehalten werden, daß wir im Sejm Wege gegangen sind, die nicht richtig sind. Aus der Vogelperspektive sieht manches anders aus als in der Nähe. Wir haben aber das Bewußtsein, daß wir den richtigen Weg gegangen sind. Wenn wir einmal vom Plane abtreten werden, dann haben wir denen, die nach uns kommen werden, eine Position vorbereitet. Wir wollen unsere Sozialität gegen den Staat mit der Tat beweisen. Wir haben uns darum nicht einzigen Partei verschrieben, sondern wir haben den Weg eingeschlagen, auf dem wir für unsere Wege die einzige Möglichkeit der Erfüllung sehen. Die Deutschen sind mit uns nicht immer zufrieden gewesen, die Polen nicht minder. Von politischer Seite ist mir erst neulich der Vorwurf gemacht worden, daß ich ein Halatist ist. Ofterschlimmster Art sei. Man bezeichnet unsere Arbeit für unsere verbreiteten Rechte als Halatistenarbeit. Wir haben, aus dem Vertrag von Versailles herausgewachsen, den Minderheitenschutzvertrag mit dem freien Versammlungsrecht. Natürlich hat niemand Rechte, der nicht auch die Pflichten auf sich nimmt. Daran immer wieder erinnert zu werden, tut im Grunde genommen gar nicht gut. Gewiß war es uns schwer, als wir mit God und Pad abwandern mußten, um Ostpreußen zu werden. Aber auf der anderen Seite gibt es doch nicht zuviel, die sich den Ernst dieser Stunde recht klar gemacht haben. Wir müssen mit neuer Kraft und mit neuem Willen den Weg ziehen, der vor uns liegt. Wir sind Auslandende unter einem anderen Dach als früher. Nur auf dieser Grundlage allein können wir von Rechten sprechen. Und davon wollen wir heute sprechen. Wie finden uns nicht ganz zurück in dem Umkreis unserer Freiheit. Dorfbücher müssen wir ins Klare kommen und uns über die Wege klar werden, daß unsere Rechte nicht verklammert werden. Das ist unser Recht, das ist mein Halatist in B. Es steht nicht drin, daß man uns etwas besondes bei antun wollen. Es steht drin, das Maß der Rechte, das man jedem geliebten Volke zugesteht. Dieses Recht ist kein Stink Papier, sondern eine Kraft klar und deutlich. Daß diese Schrift sich in den Taten ausprägt, das können wir verlangen, das ist kein Halatismus. Die Bestimmungen, die für uns in unserer Zukunft darin getroffen sind, müssen gehalten werden. Wir treiben keine Beträcker, kein Untergraben der Staatsordnung. Das ist kein Halatismus, sondern etwas, wofür wir lob verdienstlichen müssen, das wir dieses Recht eintreten.

Zu den gehobligten Rechten gehören die Wahlen, zunächst die Stadtverordnetenwahlen und dann die neuen Sejmawahlen, die vermutlich im März nächsten Jahres stattfinden werden. Tut es eigentlich noch not, über Wahlen zu sprechen? Müssen wir nicht die Hände zusammenziehen, um das Gemeinsame zu tun? Tut es not, noch eine Wahlrede zu halten? Und doch, es ist jede Wahl so eine Sache. Man weiß, es kann die Müdigkeit, die Anstrenglichkeit die Wahl in ihren wesentlichen Früchten gefährden. Als wir deutsche Gymnasialisten nach Warschau kamen, waren wir ein zusammengeführtes Häuflein von acht deutschen Männern. Alle Klassenunterschiede und die verschiedenen Lebendauflassungen waren unter uns vertreten. Und wie standen wir nach diesen Monaten da? Wir stehen da als eine Einheit, durch das Gefühl der persönlichen Freundschaft untereinander verbunden. Wenn wir zusammenstehen, dann ist es, als ob wir wie Brüder beieinander sind. Fort ist alles, was nach Parteischattierung und Liebhabe-reien aussieht. Wir haben uns nur das eine vor Augen zu halten: Wie erfüllen wir die Interessen unserer Wähler? Datum kann ich Ihnen sagen, daß uns in den schweren Stunden das Gefühl des Pflichtbewußtseins gegenüber unseren Wählern erfüllt hat. Aber Treue um Treue! Wir können die Treue von Ihnen fordern. Ich wollte Ihnen das alles sagen: Treue um Treue! Ich betone immer wieder: das ist kein Halatismus. Ich wünsche, daß recht viele polnische Mitbürger hier wären und mich hören. Fordert der Staat, was ihm gebürt, so muß er auch ausgeben, wo er verpflichtet ist. Möchten recht viele polnische Bürger sich doch hierüber einmal klar werden und dafür das richtige Verständnis bekommen. Wenn die Schwächen unserer Verhandlung klar zutage liegen, dann muß man diesen Schwächen entschieden entgegentreten. Was wäre es prächtig, wenn man solche Aussprache nicht hier allein im Saale, sondern öffentlich vor dem Schlosse halten könnte!

Doch nun endlich zu den Wahlen! Wie viele Hindernisse stellen sich Ihnen in den Weg! Der Arbeiter meint, er könne nur auf dem internationalen Wege seine Rechte verteidigen. International heißt für mich: ohne Nationalität, Weiß der Arbeiter nichts davon, wie wenig international der Arbeiter in anderen Staaten denkt! Man sieht nur hinein, wie viele deutsche Arbeiter brotlos geworden sind, weil polnische Arbeiter erklären: "Wir mit Ihnen, wir arbeiten nicht mit Ihnen!" Nur wir Deutschen laufen immer phantastischen Hirngespinsten und schwirrenden Phantomen nach. Internationalismus gibt es nicht, höchstens auf dem Boden des Großkapitalismus. Ist uns nicht lieb das Brot, das die Mutter lehrte, ist uns nicht lieb, das was aus der Jugend noch zu uns übergebracht wird? Wir sind Auslandende. Es geht, man weiß nicht in welche Zukunft. Aber in uns schlägt das deutsche Herz. Das darf niemand enttäuschen. Das lädt keinen Jahren, auch kein Arbeiter. Wenn wir Männer auch nicht so sehr mit dem Herzen leben, wie mit dem Verstande, daß Herz nehmen lassen wir uns nicht. Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben, daß wir die richtigen Vertreter wählen, die unsere Rechte sichern und uns vor Übergriffen untergeordneter Leute bewahren. Das kann man nur durch die Wahl deutscher Männer erreichen. Wir Sejmabgeordnete haben versucht, nach bestem Wissen das Wohl unserer deutschen Mitbürger zu schützen.

Sie, meine verehrten Damen, haben heut das Wahlrecht. Sie braucht man weniger zu mahnen als die Männer, die sich auf ihren Verstand verlassen. Sie fühlen, was Ihnen das Heilige und das Höchste sein muß. Wenn Sie nun heute wählen dürfen, dann wird sich jede Frau fragen: wann ist der Wahlgang? An ihm hast du Gelegenheit, dein Wahlrecht ausüben zu können. Hausfrauen-jungen hat's immer gegeben. Nur keine Ausreden, keine Müdigkeit, keine Gleichgültigkeit. Hier gilt es die Pflichten auszuüben im Interesse der Zukunft unserer Kinder.

Das junge Volk sagt vielleicht: ich kann leider nicht wählen, ich bin noch zu jung, sonst würde ich am Wahlgang eine Stunde früher auftauchen und das Wahlrecht ausüben. Da kann ich ein kleines Rezept geben: Siehen Sie am Wahlgang eine Stunde früher auf, erkennen Sie den Vater an die Wahlpflicht und übernehmen Sie am Wahlgang der Mutter Arbeit, damit sie am Wahlgang wählen kann. Dann werden Sie den Erfolg haben, auf den die besten unseres Volkes ihre Hoffnung setzt.

Wenn Sie das, was ich Ihnen in dieser halben Stunde gesagt habe, am Wahlgang ausüben werden, so werde ich mit Freude an diese Stunde zurückdenken, in der ich zu Ihnen sprechen durfte."

Konschuster Weißlohn lohnte den Redner für seine herzlichen, mit frischem Humor gesprochenen, zugleich so tief ernsten Ausführungen. Geheimrat Stämmel gab dem Danke noch mit warmen Wörtern besonders Ausdruck.

Hieran schlossen sich Ausführungen des Chefredakteurs Dr. Boenewitz über das, was jeder deutsche Wähler über die Stadtverordnetenwahlen wissen muß. Er führte u. a. aus:

Parteunterschiede und Unterschiede des Glaubens gelten bei der Wahl nicht; das zeigt die deutsche Wählerliste, in der beide Geschlechter, alle Berufe und alle in Betracht kommenden Konfessionen vertreten sind. Nur die Wahl selbst genügt nun nicht die Wahl allein. Man wählt am Sonntag zwischen 10 Uhr bis 6 Uhr

abends, und zwar möglichst gleich nach 10 Uhr. Wo wählt man? Die Stadt ist in 86 Wahlbezirke eingeteilt. Es werden acht deutsche Auskunftsstellen eingerichtet werden, die noch in den Beziehungen bekannt gegeben werden. Dort erhält jeder Auskunft, wo er zu wählen hat. Weiter die Frage: wen wähle ich? Antwort: die deutsche Liste. Nach Möglichkeit werden die Stimmzettel ins Büro geschickt. Außerdem werden an den Wahllokalen Zettel verteilt stehen; auch in den Auskunftsstellen werden solche Zettel zu haben sein. Der Wahlzettel wird unbeobachtet in einen amtlichen Umschlag gesteckt und dann unter Kenntnis des Namens und der Wohnung dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes übergeben, der der Prüfung der Richtigkeit der Angaben der abgeschlossenen Wahlzettel in die Wahlurne stellt. Mit Worten der Mahnung zur Ausübung der Wahlpflicht am kommenden Sonntag schloß der Redner seine schätzenswerten Hinweise.

Geheimrat Stämmel schickte hierauf die Versammlung mit dem Hinweis, sich rechtzeitig mit einem Wahlzettel zu versehen, und empfahl nochmals eine rege Wahlbeteiligung mit deutschem Gruß und herzlichem Gottbefehlen.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. Dezember.

Die nächste Stadtverordnetenwahl findet am Mittwoch, dem 14. d. M. statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

Erteilung des vorläufigen Haushaltvoranschlages für das erste Jahrzehnt 1922; Erhöhung der Kurzioen im Soldatenhaus; verschiedene Angelegenheiten; Antrag der sozialen Fortbildung und Handwerkerschule wegen Zuteilung eines Gebäudes; Namensänderung der westlichen Straßen; Angelegenheit der Posener Messe; Erhöhung der Steuern von unbeweglichen Gütern; Verleihung eines Titels der Verwaltung der städtischen Sparkasse; Mietbelebung zur Verstärkung verschiedener Zweig der Armenverwaltung; Benennung eines neuen Tores für die Einleitung der Mühlgraben; Erneuerung des Stadtverordneten-Siegelabzugs wegen der Enthaltung von Arbeitern aus städtischen Betrieben; Verstärkung des Haushaltvoranschlages der Stadtverwaltung für 1922.

X Aus der Christuskirchengemeinde. Der Verein "Fröhliche Weihnacht" der Gemeinde möchte auch in diesem Jahre den vielen armen, sowie den gebrechlichen Gemeindemitgliedern, deren Zahl durch die durchbare Teuerung stark vermehrt hat, zum lieben Weihnachtsfest die Gabenstiftung bereit zu stellen und bedarf dazu dringend der Mithilfe der wohlhabenderen Gemeindemitglieder durch Darreichung von Spenden in Geld oder auch, was mindestens ebenso angenehm ist, in Naturalien. Solche Spenden, um die dringend gebeten wird, werden mit herzlichem Dank von den beiden Geistlichen der Gemeinde, Superintendent Hode und Pastor Amelius, sowie den Gemeindeschwestern entgegengenommen. Ein Weihnachts-Lichtbilderausstand veranstaltet zwei Schüler der Gemeinde am zweiten Weihnachtsfeiertag nachmittags 5 Uhr, und zwar diesmal des zu erwartenden Andrangs wegen nicht im Gemeindehaus, sondern in der Aula des Deutschen Gymnasiums in der ul. Szrelecka (früher Schulenstraße). Der Vortrag wird hauptsächlich Bilder aus der Weihnachtsgeschichte von Ludwig Richter bringen. Eintrittskarten, die wieder unentgeltlich abgegeben werden, sind schon jetzt beim Gemeindeselbstverein in der ul. Matejki (früher Neue Gartenstraße) zu haben. Der Betritt steht übrigens auch den Angehörigen der anderen Gemeinden frei.

# Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein. Der angelündigte Montagsvortrag von Herrn Tierzuchtdirektor Dr. Skender muß auf einen späteren Termin verschoben werden.

# Volksstücklich-wissenschaftliche Vorträge. Im Lehrgang für Deutsch und Heimatkunde wird am Mittwoch, dem 14. Dezember, an Stelle von Herrn Behrendt Herr Assessor Meyer über "Das deutsche Recht" sprechen. Die Entwicklung des deutschen Rechtes, seine ersten Aufzeichnungen, die Durchdringung mit Rechtsbegriffen des römischen Rechtes geben ein ganz besonders lehrreiches Beispiel für die Wandlung des deutschen Volksbewußtseins. Der Vortrag von Herrn Behrendt über "Dürer" wird auf einen noch bekannt zu gebenden anderen Tag verschoben werden.

X Konzerte. Eintrittskarten für das am 18. d. M. abends 7½ Uhr im Akademieaal stattfindende Orgelfest des Professors M. Gurynski aus Warshaw, sowie das "a capella"-Konzert des Posener Domchores sind zu haben in der Buchhandlung B. Górska (rechter Bote u. Tel) im Preise von 100-500 M.

\* Graudenz, 9. Dezember. Von einem Kraftwagen fuhr erfahren wurde ein Arbeiter der Pomorska Fabryka Maszyn (Venki), als er im Begriff war, die Kulmer Straße an der Ecke Venkistrasse zu überschreiten. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einigen Minuten verstarb.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	12. Dezember	10. Dezember
Bank Kwiatki I.-IX em. ungest.	220 +A	220 +A	
Bank Handlowy Poznań I.-VIII	360 +A	360 +A	
Colekt. Potocki in St. VI em.	225 +A	—	
Puban	—	590 +N	
N. Bartłomiejski V em.	155 +A	155 +A	
Centrala Stoi I.-III (texl. Bez.)	315 +	320 +A	
Centrala Rolnik I.-IV	140 +A	135 +A	
Dr. Roman Kav III	400 +N	—	
Pozn. Spółka Drzewna	1200 +	1100 +N	
Cieglisko I.-VII em.	160 +A	175 +A	
Patria	820 +A	835 +A	
Surówka Grodziskowa	145 +	145 +N	

Informelle Kurse:	120 +N	120 +N




<tbl\_r cells="3" ix="4" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="

